

Wie weiter mit der Europäischen Verteidigung?

Aranka Szabo

Das 5. Bremer Symposium zur Sicherheit stellte die Frage zur „Europäischen Verteidigung 2030 – transatlantisch, europäisch, nuklear?“ Europa steht vor großen Veränderungen, auch in Fragen seiner Verteidigung. Johannes Varwick machte gleich zum Auftakt der Veranstaltung fünf große sicherheitspolitische Trends aus, die Auswirkungen auf die europäische Sicherheit haben: der Wegfall der USA als Schutzmacht, Russland, das sich als Gegenentwurf zur westlichen Gesellschaftsordnung versteht, China, das nicht nur strategische Ziele in Europa verfolge, sondern auch bei wichtigen Themen direkten Einfluss nehme, die Türkei, eine im Aufstieg befindliche Mittelmacht, die sich vielleicht in Richtung Russland umorientieren könnte und nicht zuletzt Cyberwar und hybride Bedrohungen.

Zahlreiche Konfliktregionen

Varwick nannte weitere stabilitätsgefährdende Geschehnisse wie die Balkanregion, „die keine eigenständige Stabilität erreicht“, der Krisenherd Nahost sowie Nordafrika und Subsahara. „Lange haben wir gedacht, schwache Staaten sind das Hauptproblem, jetzt kommen aber starke Staaten hinzu“, fasste er zusammen und warnte: solange die „globale Apartheid“, das „Ausmaß weltweiter Ungleichheit“ bliebe, „solange wird es keine Stabilität geben.“ Auf der anderen Seite der globalen Herausforderungen stünde ein Europa mit einer „wachsenden Unmöglichkeit, Kompromisslösungen zu finden“, dem „Unwillen und Unfähigkeit“ Stabilität zu schaffen und so „das offenkundige Unvermögen, Europa zu einem außenpolitischen Akteur zu machen“. Varwicks „nüchterne Analyse“: „Das vergangene Vierteljahrhundert war eine Zwischenzeit eines naiven Optimismus. Das war eine Fehlannahme.“

Oliver Meier (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik) beschäftigte sich mit den Folgen der Kündigung des INF-Vertrages und der Frage, wie sich Europa nach Vertragsende gegen Nuklearwaffen verteidigen kann. Meier stellte die Standorte von russischen nuklearbestückten Marschflugkörpern grafisch dar. Sie befinden sich überwiegend entlang der Grenze zu Europa. Diese Systeme zeichnen sich neben kurzen Flugzeiten durch eine schnelle Verlegbarkeit aus und sind dadurch schwer zu detektieren. Die NATO prüft die Stationierung konventioneller Mittelstreckensysteme in Europa und rüstet Raketenabwehrsysteme auf. Der Redner machte auch deutlich, dass

Fotos: Szabo



Landesbereichsleiter Werner Hinrichs, Horst-Heinrich Brauß, Moderatorin Svenja Sinjen, Henning Riecke, Matthias Dembinski, Oliver Meier und Sektionsleiter Bremen Rüdiger Krause (v.l.)

beide Großmächte schon zu Zeiten des INF-Vertrags in Systeme investierten, die von ihm nicht erfasst wurden, nämlich luft- und seegestützte Marschflugkörper. Meier räumte neuen Rüstungskontrollverträgen zurzeit wenig Chancen ein. „Es mangelt an politischem Willen“, sowohl in den USA als auch in Russland.

Die NATO ist anpassungsfähig

„Hirntod“, wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron jüngst die NATO bezeichnete, ist sie nach Meinung von Horst-Heinrich Brauß nicht. „Macron hat zutiefst unrecht“, sagte er in seinem Vortrag: „Wird

die NATO noch gebraucht? Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen“. Das Bündnis ist ausgesprochen agil und anpassungsfähig. „Es ist militärisch wie politisch das erfolgreichste der Geschichte“. In vier Epochen hat es seine Fähigkeiten bewiesen. Im Kalten Krieg als Schutzmacht des Westens, der nur auf den kollektiven Verteidigungsfall ausgelegt war, der Zeit nach der Wende, hin zu einer Verkleinerung der Streitkräfte und vielen militärischen Einsätzen im internationalen Krisenmanagement, etwa auf dem Balkan oder in Afghanistan. Sein Fazit: Die NATO ist für die europäische Sicherheit notwendig.“ Die Vorstellung einer „Armee der Europäer“ ist für Matthias Dembinski (Leibniz-Inst.

stitut der Hessischen Stiftung für Frieden- und Konfliktforschung) „irreführend“. Die Frage sei, ob man sie überhaupt haben sollte. Im Zentrum dieser Frage stehe das offensichtliche Problem der Legitimation europäischen Handelns. Bestünde für eine europäische Armee eine Rechenschaftspflicht gegenüber den Regierungen mit dem Vetorecht jedes Landes, führe das strukturell zur Nichtangriffsfähigkeit und „käme dem Traum der Friedensbewegung gleich“. Die Delegation der politischen Verantwortung auf die europäische Ebene, führe zum gleichen Problem. Auch könne eine Kommission nicht verantwortlich sein, da diese eine Bürokratie und nicht rechenschaftspflichtig gegenüber einer politischen Institution sei. Fazit: „Kurzum sind europäische Streitkräfte ohne europäischen Staat schlichtweg nicht vorstellbar.“

Russland – China – USA

Keynote-Sprecher Henning Riecke (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) nannte eine Reihe „Thesen für die Zukunft“. Dazu gehöre der Rückzug der USA aus globalen Verpflichtungen, wohin sich die EU entwickle: vereint, gemeinsam oder differenziert. „Es wird keine Bundesrepublik Europa geben“, steht für ihn fest. Die europäischen Staaten ziehen nicht an einem Strang. Dabei „ist Geschlossenheit die Voraussetzung für das Bestehen der EU.“ Auch werde die EU keine Nuklearmacht werden. Dafür „gibt es kaum Unterstützung.“ Eine handlungsfähige EU sei in der Präsenz gegenüber Russland entscheidend und ein größeres Selbstbewusstsein der EU gegenüber China. Eine weitere Frage sei der innere Zusammenhalt Russlands und Chinas, wobei sich Riecke nicht vorstellen kann, dass Russland



Prof. Johannes Varwick führte in das Thema des Symposiums ein

und China paritätisch gegen den Westen auftreten würden. Das Management des Bevölkerungswachstums und die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel nannte er als weitere Trends. Noch unbekannt Trends könnten die Funktionsfähigkeit politischer Systeme, die Bindungskraft und Resilienz der Demokratie, Menschlichkeit versus Maschine (biologische versus digitale Identitäten), neue Gerechtigkeitsdiskurse und Ideologien, z. B. zu den Themen Gesundheit und Langlebigkeit sein. Eine „andere USA“ bedeute auch „ein anderes Europa“. Etwa, wenn sich „Post-Trump“ in den USA die wirtschaftliche Stabilität und Krisenresistenz ändere.

Für die EU kann sich Riecke eine im transatlantischen Bündnis eingebettete europäische Autonomie vorstellen, mit einer europäischen Armee als offenes Konzept, von den Nationalstaaten legitimiert. „Die Kernfrage ist es, wie der heterogene Club

von 27 Staaten außenpolitisch handlungsfähig wird? Durch Delegation, Mehrheitsentscheidungen, Kerngruppen?“ Die EU wolle strategisch allein agieren können, wenn es keine transatlantischen Planungen gibt. Ähnlich wie sein Vorredner sprach auch er das bisherige Krisenmanagement der EU zivil und militärisch an. Er stellte die Frage, ob das nicht eine strategische Kultur für EU sein könne, mit dem Ergebnis eines starken transatlantischen Europas und eines Europas, das bei Herausforderungen wie der europäischen Sicherheit, geopolitischen Konflikten, Terrorismus, bei Krisen und Instabilität sowie Governance im globalen Süden koordiniert und komplementär agiert. Eine eingebettete europäische Autonomie „ist kein Trostpreis und kein Spatz in der Hand.“

In eigener redaktioneller Verantwortung



Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: geschaefsstelle@gsp-sipo.de
Internet: www.gsp-sipo.de, Facebook: www.facebook.com/GSPSipo; Twitter: @GSPSipo

Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischer Verständnisses in der Bevölkerung.

Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

Präsident: Prof. Dr. Johannes Varwick

Geschäftsführer: Reiner Wehnes

Vereinsregister-Nr.: 5684, Amtsgericht Bonn

Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 3 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04761/70121)

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 0172/2362627)

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)

Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)

Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)

Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)

Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)

Selbstständige Sektion Brüssel: bruessel@gsp-sipo.de